



Tobias Stockhoff, Bürgermeister

Entstehungsgeschichte und Bedeutung des Leitlinienprozesses für die Bürgerkommune Dorsten

Ansprache anlässlich der Auftaktsitzung der Arbeitsgruppe zum Leitlinienprozess am 16. Januar 2025 im Bürgerbahnhof Dorsten (überarbeitete Lesefassung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Mitglieder der neu gegründeten Arbeitsgruppe

Was macht eine Kommune zu einer Bürgerkommune?

Zunächst ist die Bürgerkommune ganz grundsätzlich dadurch geprägt, dass Bürger_innen Belange des Gemeinwesens zu ihrer Angelegenheit machen. Man bringt sich ein, man schreibt nicht nur einen Bestellzettel, sondern Menschen sind auch bereit, sich bei der Planung und Umsetzung von Projekten und Problemlösungen einzubringen.

Ganz wichtig: ALLE haben die Möglichkeit sich einzubringen. Bürgerinnen und Bürger gestalten mit. Dabei wird nicht unterschieden, ob ich in Dorsten geboren bin oder „erst“ seit 10 Jahren hier wohne. Das spielt keine Rolle, sondern sobald ich Bürger oder Bürgerin dieser Stadt bin, habe ich die Möglichkeit dazu. Das ist uns ganz wichtig, dass es bei der Beteiligung keine Zugangsbeschränkung gibt, anders als es zum Beispiel eine „Zugangsbeschränkung“ (Wahl) bei Ratsmitgliedern gibt. Dort bekommt man den Zugang erst, wenn man für den abgeschlossenen Zeitraum von 5 Jahren in den Rat der Stadt Dorsten gewählt wird.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass in der Bürgerschaft eine Atmosphäre von Verlässlichkeit und von Miteinander entsteht. Sie kennen alle die schnell gemachten Aussagen wie „*die da oben*“ oder „*die Politik hat über die Köpfe hinweg entschieden*“ oder „*mir hört keiner zu*“. Ich habe die Erfahrung gemacht und viele, die von Ihnen schon mal an Stadtteilkonferenzen teilgenommen haben, werden diese Erfahrung bestätigen können, dass man beim Aufeinandertreffen unterschiedlicher Interessen auf einmal spürt, oh, Politik und Verwaltung müssen ja unterschiedliche Interessen unter einen Hut bringen. Das werden selbst Vereinsvorstände manchmal erleben.

Wenn beispielsweise die Entscheidung getroffen werden muss, eine von zwei Schulen zu schließen, weil wir einfach zu wenig Schülerinnen und Schüler haben, dann kann es passieren, dass ich das Interesse in einem Stadtteil habe, jemand möchte schnell zur Schule kommen oder vielmehr die Kinder sollen einen kurzen Schulweg haben. Auf der anderen Seite habe ich den Mandatsträger, der das Interesse hat, verantwortliche Entscheidungen für die ganze Kommune und die ganze Schullandschaft zu treffen. Durch den Dialog erfahre ich, dass der andere auch Interessen hat oder vertritt. Dieses Wahrnehmen ist schon mal ein ganz wichtiger Punkt, der zu Verlässlichkeit und Verständnis beiträgt.

Sie werden auch feststellen, dass in den Kommunen vor allem in den kleineren Einheiten im Stadtteil, im Quartier, die Beteiligung meistens besser funktioniert und dort das Engagement deshalb höher ist. Warum? Weil sich Menschen kennen, weil die Strukturen überschaubar sind. Und dafür ist es eben wichtig, dass man Regeln findet, Leitlinien, an denen sich alle orientieren können. Ich behaupte, dass sich in erster Linie Politik und Verwaltung in ihren vielfältigen



Aufgaben daran orientieren können. Wenn wir zum Beispiel eine Beteiligung zu einem Planverfahren machen, können wir in die Leitlinie schauen und wissen dann, welchen nächsten Schritt wir zu tun haben. Auch für die Politik ist das sehr wichtig. Beim Bürger ist dies der Fall, wenn er sich für ein spezielles Thema interessiert und sich die Leitlinie anschaut, weil er sich beteiligen möchte. In der Verwaltung müssen wir das quasi jeden Tag in unserem Tagesgeschäft leben.

Damit kein falscher Eindruck entsteht, möchte ich ausdrücklich betonen: Wir fangen nicht bei null an, zum Glück nicht, sondern in Dorsten hat das vielfältige bürgerschaftliche Engagement eine lange Tradition und das werden Sie wahrscheinlich aus der eigenen Jugend, Kindheit oder zumindest aus Ihrer eigenen Beobachtung der letzten Jahre kennen, dass das bürgerschaftliche, ehrenamtliche Engagement hier sehr ausgeprägt ist, in Vereinen, in Kirchen, Verbänden, Nachbarschaften oder natürlich auch in freien Gruppen, aber auch bei einzelnen Bürger_innen.

Seit etwa 30 Jahren haben wir etwas verstärkter die Stadtteile in den Blick genommen. Das fing an mit der ersten Stadtteilkonferenz 1995 im Stadtteil Wulfen mit der sogenannten Wulfen-Konferenz. Dort standen zu Beginn nicht die Bürger_innen im Vordergrund, sondern eher die Verantwortlichen aus Institutionen, städtischen Ämtern, Grundschulen, Kindergärten usw.. Betont wurde hier zunächst das Ziel der Vernetzung.

In Hervest war es dann die erste Stadtteilkonferenz, die sich für interessierte Bürger_innen geöffnet hat. Dort wurde auch erstmalig in Dorsten das Bürgerbudget angewandt, das wir heute in allen Stadtteilen kennen und aus dem bürgerschaftliche Projekte finanziert werden können. Und jede Bürgerin konnte kommen, jeder Bürger konnte mit abstimmen. Und dann kam die Idee auf, in jedem Stadtteil eine Stadtteilkonferenz zu etablieren. Ein Impuls, der damals von Marion Taube im Büro für Stadtteilideen angestoßen wurde.

Wir mögen jetzt vielleicht die Stadt sein, die bisher keine Leitlinien hatte, aber wir sehen, wie sehr wir schon in einer Bürgerkommune leben. Jetzt ist der Punkt gekommen, an dem wir das präzisieren, schriftlich zusammenfassen und verbindlich machen.

Ich glaube, da beneiden uns einige Städte drum, die schon Leitlinien haben, aber eine solch ausgeprägte Form von Engagement eben noch nicht. Mein Vorgänger, Lambert Lütkenhorst, hat oft betont, dass wir Betroffene zu Beteiligten machen sollten. Am Ende ist das auch nichts anderes als Bürgerbeteiligung. Oder auch anders herum, vollkommen Unbeteiligte werden auf einmal zu Betroffenen und dann ist es wieder wichtig, ihnen Beteiligung zu ermöglichen. Aus Anlass der Kommunalwahl 2014 haben wir uns also über alle Parteigrenzen hinweg, das ist mir ganz wichtig zu betonen, vorgenommen, das Ganze strukturierter und methodischer auszurichten und damit eine gewisse Verlässlichkeit zu bieten.

Warum? Das möchte ich mit einem Beispiel verdeutlichen, damals gut von uns gemeint aber, ich sage mal vorsichtig, schlecht gemacht. Es ging damals um den Georgplatz. Wir hatten über die Presse zur Bürgerbeteiligungsveranstaltung eingeladen. Und es kamen relativ viele Bürgerinnen und Bürger und Michael Klein hat in der Zeitung nachher vollkommen berechtigt einen Kommentar geschrieben, mit dem er aufzeigen konnte, dass es keine Bürgerbeteiligung, sondern letztlich „nur“ eine Bürgerinformation war.

Warum? Eigentlich war in der Planung der Platz- und Straßengestaltung bereits aus formalen Gründen alles vorgegeben. Das wurde in der Veranstaltung deutlich und eigentlich bestand für die Bürger_innen überhaupt keine Möglichkeiten der Mitgestaltung mehr. Das heißt, Bürgerinnen und Bürger waren dahin gegangen und haben gesagt, super, ich kann da mitgestalten,



konnten dann aber gar nichts verändern, sondern wurden nur informiert. Das ist ein gutes Beispiel, das man in der Leitlinie verarbeiten kann. Wenn wir die Bürgerschaft einladen, muss vorher klar ausgedrückt werden, inwiefern man sich beteiligen kann oder gar ausdrücklich mitentscheiden kann, wie vor einigen Jahren bei dem Ratsbürgerentscheid wegen der möglichen Schließung einer Schule. Beim Georgplatz handelte es sich um eine reine Informationsveranstaltung und wir hatten die eingeladenen Bürger_innen in dem falschen Glauben gelassen, sie kämen zu einer Beteiligungsveranstaltung.

Und dennoch ist auch die Information unerlässlich: Wenn eine Bundesstraße ausgebaut wird, ist eigentlich alles vorgegeben, aber nichtsdestotrotz glaube ich, ist es immer ganz gut, auch die Leute, die Anlieger vor allem, zu informieren, damit die wissen, wie ist der Bauzeitenplan, wann kann ich meine Einfahrt wieder befahren usw. Auch das ist für mich eine Form der Bürgerbeteiligung. Auch wenn ich da vielleicht nichts mehr entscheiden kann, habe ich trotzdem die Möglichkeit, nochmal wichtige Hinweise zu geben, etwa die Bitte, den Anliegern frühzeitig eine Woche vorher zu sagen, wann eine Einfahrt zugemacht wird. Wir müssen also frühzeitig informieren und klar definieren, welche Art der Bürgereinbindung vorliegt. Insofern sind Bausteine einer systematischen Arbeit der Bürgerkommune am Ende Bestandteil einer politischen Überzeugung.

Das heißt, der Rat sollte die Leitlinien nicht nur beschließen, sondern er muss auch mit einer inneren Haltung dahinterstehen. Es bringt überhaupt nichts, wenn wir Leitlinien beschließen und sie dann an allen Ecken wieder mit unseren einzelnen Ratsbeschlüssen aufheben bzw. aushebeln würden. Ich mache es mal an dem Ausbau des Ortskerns in Rhade fest, für den wir eine Bürgerbeteiligung mit mehrfachen Rückkoppelungen durchgeführt haben. Wenn es dann danach in den Umwelt- und Planungsausschuss geht, kann der Ausschuss nicht sagen, wir machen alles ganz anders, wir sind hier die besseren Stadtplaner, wir wissen es viel, viel besser. Hier gilt es, einerseits klare Beschlusslagen herbeizuführen, diese auch für alle einsehbar und verständlich zu machen, andererseits darin die in der Bürgerbeteiligung zusammengetragenen Erkenntnisse einzuarbeiten und Widersprüche aufzuzeigen.

Zu guter Bürgerbeteiligung gehört auch, die Inhalte und Verfahren möglichst für jeden zugänglich zu machen und zwar frühzeitig und verständlich, und dabei auch die Handlungsoptionen aufzuzeigen. Das ist heutzutage nicht immer einfach, wo die Tageszeitung nur von vielleicht 30 bis 40 Prozent der Haushalte gelesen wird. Wir fragen uns also, wie gelingt es, die Informationen an die Bürgerinnen und Bürger zu vermitteln, die sich beteiligen möchten.

Wichtig ist auch die gelebte Praxis in der Stadt. Wenn man nicht die erkannte Theorie in der Praxis lebt, dann sage ich ganz deutlich, wird das Ganze zum Scheitern verurteilt sein. Dann werden alle Bürgerinnen und Bürger sofort sagen, das was ihr euch vorgenommen habt, haltet ihr doch da gar nicht ein. Wir stehen damit in Dorsten nicht am Anfang, sondern haben schon gute Erfahrungen gemacht. Vielleicht brauchen wir in der Zeit des Einarbeitens aber eine gewisse Leidensfähigkeit und das gilt für alle Beteiligten. Insbesondere in der Verwaltung, in der wir jeden Tag damit beschäftigt sind, verschiedene Interessen zu analysieren, zu gewichten und auszugleichen.

Neben den aufgezeigten Strukturen ist in der Bürgerkommune auch die Unterstützung seitens der hauptamtlichen Personen und Einrichtungen ganz wichtig. Wir dürfen Bürgerinnen und Bürger nicht mit Erwartungen oder Aufgaben erdrücken. Das Maß wird dabei übrigens sehr unterschiedlich sein, das ist mir immer ganz wichtig zu betonen: Es gibt Konstellationen, da geht das ehrenamtlich ohne Probleme und es wird Konstellationen geben, da schafft das Ehrenamt die Aufgaben nicht alleine. Dazu gehört natürlich auch die finanzielle Förderung. Da haben wir



etwas in Dorsten, nämlich unser Bürgerbudget, ein Euro pro Bürger, das nach der Bevölkerungszahl auf die Stadtteile verteilt wird.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Koordinierung. Auch da sind wir, glaube ich, gut aufgestellt. Wir haben das Büro für Bürgerengagement, Ehrenamt und Sport. Hier halten wir Beratung, Unterstützung und Koordinierung vor und unterstützen die Netzwerkarbeit. Letztere wird stark geprägt durch die vielschichtigen Aktivitäten der Stadtteilkonferenzen in jedem unserer 11 Stadtteile. Koordinierung erfolgt auch in Richtung der Verwaltung und in gewisser Weise auch in die Politik hinein, die sich ansonsten weitestgehend selbst organisieren muss. Die Koordinierung sollten wir weiter verfeinern und professionalisieren. Dazu gehören Sensibilität, Präzision und Verlässlichkeit und auch der Umgang mit den verschiedenen Ebenen von Hierarchie, Projektmanagement sowie das Wechselspiel im Dreiergespann aus Verwaltung, Politik und beteiligter Bürgerschaft.

Ich komme dann zum letzten Punkt. Leitlinien als Orientierung und Regelwerk. Ich habe es gerade gesagt, wir brauchen Regelungen, damit wir auch ein Stückchen Sicherheit bekommen. Bürgerbeteiligung wird bei ganz vielen Kolleginnen und Kollegen sehr positiv gesehen. Bei sicherlich auch nicht wenigen Kolleginnen und Kollegen im Rathaus ruft sie aber durchaus auch Verunsicherung hervor, was unterschiedliche Gründe hat. Die will ich hier einmal erläutern, damit man sich ein bisschen hineinversetzen kann.

Ein Aspekt der Unsicherheit ist beispielsweise der Umgang mit fest etablierten Ablaufstrukturen. Bisher war es ggf. eher so, dass sie mit einer Idee zum Vorgesetzten gegangen sind. Dort wurde die Sache geprüft und man kam zu einem Ergebnis, wie gehandelt werden soll. Neu ist für manche jetzt, dass sie auf einmal mit dieser Idee vielleicht in eine bürgerschaftliche Runde gehen müssen. Üblich ist es schon immer, dass größere Vorhaben in die Politik eingebracht wurden. Auf einmal gehen wir auch auf die Bürgerschaft zu, ggf. auch mit kleineren Projekten. Und dann kann ja auch passieren, dass von fünf anwesenden Bürger_innen drei so sagen und zwei sagen so. Das stellt dann auch Anforderungen an die Moderation.

Eine andere Herausforderung ist der Umgang mit „studiertem“ bzw. „erlerntem“ oder „bürgerschaftlichem“ Fachwissen. Bürger_innen bringen eigenes Wissen ein oder beschaffen es sich aus Anlass des Projektes, ggf. über Google. Früher war es eindeutig, dass Planer_innen für das Einbringen von Fachlichkeit alleine zuständig waren. Bei der Einbindung von Bürger_innen müssen diese Dinge unter Umständen auch mit deren Erkenntnissen und Ansichten abgeglichen und sortiert werden. Dabei müssen Bürger_innen wiederum akzeptieren, dass Fachwissen von unseren Kolleginnen und Kollegen essentiell wichtig ist.

Umgekehrt: Ein Arzt kann die vom Patienten empfundenen Schmerzen nicht wirklich nachvollziehen. In der Planung heißt das, dass hauptamtliche Planer aus der Bürgerschaft Fragestellungen mit auf den Weg bekommen, die sie beachten und in ihre Planung prüfend und abwägend einbeziehen können.

Ich mache das noch einmal an einem Beispiel fest: Wir alle kennen Schleichwege, z. B. in einem Park. Dort wurden Wege geplant und gebaut und doch suchen sich die Leute irgendwo einen Weg mittendurch, den sie in ihrem praktischen Lebensalltag für besser befinden, weil er beispielsweise kürzer ist. Ich will damit sagen, der Stadtplaner hat aus wissenschaftlicher Sicht alles richtig gemacht, aber die Lebenswirklichkeit zeigt manchmal andere Wege auf und das ist nichts Schlimmes, sondern zeigt, es kann verschiedene Lösungen geben, die man miteinander möglichst harmonisiert oder sie zumindest vorher diskutiert.



Und deswegen ist diese Kompetenz aus der Bürgerschaft unglaublich wichtig, zu erkennen, dass das bürgerschaftliche Wissen in der Nachbarschaft, im Stadtteil, im Quartier hilft, um am Ende eine gute Lösung hinzukriegen.

Ich fasse zusammen: Wir hatten die intensive politische Beratung und haben 2019 im Rat den einstimmigen Beschluss für die Bürgerkommune getroffen. Gleichzeitig haben wir schon viele Instrumente entwickelt, zum Beispiel das Bürgerbudget, den Spendenverein „Dorsten Dank(t) Dir e. V.“, die Stadtteilkonferenzen, den Dorstener Stadtdialog für Menschenwürde, Demokratie und Respekt. Und wir haben 2015 relativ schnell das Büro für Bürgerengagement, Ehrenamt und Sport gegründet zur Koordinierung, Beratung, Unterstützung, Förderung und Konzeptentwicklung. So fehlt uns noch der letzte Punkt, nämlich Leitlinien als Orientierung und als Regelwerk. Gerne stelle ich auch noch einmal fest, dass die Bürgerkommune für uns als Stadtrat und für uns als Verwaltungsleitung eine hohe gesellschaftliche Bedeutung hat. Hier darf ich übrigens auch die expliziten Grüße von unserem Verwaltungsvorstand ausrichten.

Mit Blick auf den demografischen Wandel ist die Bürgerkommune am Ende auch eine Zukunftssicherung für die Stadt. Im letzten Jahr sind bundesweit mehr als 300.000 Menschen weniger ins Berufsleben gekommen, als ausgeschieden sind. Man kann ungefähr sagen, eine Million Menschen scheiden aus, 700.000 kommen neu rein. Sicher wird man ganz viel mit Technisierung ausgleichen können, KI wird uns ein bisschen helfen, allerdings stelle ich mir schwer vor, Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher durch KI zu ersetzen. Wir werden auch nicht so schnell durch Roboter denjenigen ersetzen können, der eine Pflasterarbeit macht. Ich will damit sagen, dass wir vor einem Riesenumbruch unserer Gesellschaft stehen, weil wir einfach eine überalterte Gesellschaft sind. Und ohne mehr bürgerschaftliche Mitverantwortung im Quartier, im Stadtteil, in der Nachbarschaft und der Familie werden wir das Ganze nicht schaffen.

Insofern ist es eine Zukunftssicherung für die Kommune auf dieser Ebene. Es ist aber auch eine Zukunftssicherung für eine Kommune, indem man Entscheidungen trifft, die nicht alle fünf oder zehn Jahre wieder infrage gestellt werden. Denn wenn ich Menschen beteilige, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit die Akzeptanz für die Entscheidung länger tragen, sodass man nicht immer wieder neue Energien in Entscheidungsprozesse stecken muss, wenn es denn nicht unbedingt notwendig ist. Aus meiner Sicht wird es am Ende auch die Bürgerzufriedenheit stärken, wenn ich mitreden, mitgestalten und mitentscheiden kann. So geht es mir persönlich jedenfalls. Im Zweifel bin ich zufriedener, weil es sich eher wie mein Projekt anfühlt, das ich mit umgesetzt habe.

Das alles zusammen stärkt auch die Demokratie. Das will ich deutlich machen an einem Aspekt. Demokratie kann auch dann funktionieren, zumindest kurzfristig, wenn jeder bei einer Abstimmung nur seine Interessen sieht. So ist ursprünglich mal Demokratie bei den alten Griechen entstanden. Ich glaube aber, für eine Gesellschaft ist es letztlich wichtig, nicht nur seine Interessen zu sehen, sondern auch mal drei Schritte weiterzudenken. Denn wenn es nur 50 % der Gesellschaft plus einer Stimme gut geht und 50 % minus einer Stimmer geht es nicht gut, dann wird es auf Dauer Unruhe geben, es wird zu Spannungen kommen, und dann geht es irgendwann der Mehrheit auch nicht mehr gut. Deswegen glaube ich, der Austausch von Positionen, das Verständnis für unterschiedliche Interessen und was sich daraus entwickelt, sind unglaublich wichtig für eine Kommune, für eine Gesellschaft, insbesondere für eine Stadtgesellschaft, wo das natürlich viel einfacher geht als beispielsweise auf Bundesebene mit 83 Millionen Einwohner_innen.



Sie merken also, mich begeistert das Thema, aber nicht nur mich, sondern das Gute ist, die Kolleginnen und Kollegen aus dem Dorstener Rat begeistert es ebenfalls. Wir möchten den Prozess jetzt gemeinsam mit Ihnen starten und die drei hier vertretenen Gruppen zeigen, das geht nicht im Alltagsgeschäft von Verwaltung und Bürgerschaft oder nur zwischen Verwaltung und Politik. Wir glauben, es geht nur, wenn alle drei Akteure, nämlich Bürgerschaft, Politik und Verwaltung zusammenkommen und gemeinsam diese Leitlinie entwickeln. Dazu lade ich Sie herzlich ein. Und ich kann Sie beruhigen, ich habe gerade etwas länger geredet, werde mich bei den anderen Sitzungen aber sehr zurückhalten und an den Sitzungen im Regelfall nicht teilnehmen. Sie sind die Entwicklungsgruppe. Wichtig ist mir persönlich, dass Sie in einer Atmosphäre des Vertrauens arbeiten.

Dazu lade ich Sie herzlich ein und darf Ihnen noch einmal ganz herzlich danken, dass Sie sich die Zeit nehmen wollen, hier mitzuarbeiten.

Ich freue mich jetzt auf den gemeinsamen Prozess mit Ihnen. Vielen Dank.

Kontakt

Büro für Bürgerengagement, Ehrenamt und Sport

Joachim Thiehoff

Nebenstelle Lippestraße 41 | 46282 Dorsten

Telefon 02362 66-3334

Fax 02362 66-5701

Mail j.thiehoff@dorsten.de

www.dorsten.de